



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Voraussetzungen zur Reaktivierung der Wehrpflicht schaffen – Deutschland muss wieder verteidigungsfähig werden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Freistaat sowie auf Bundesebene für die Schaffung der Voraussetzungen einer schrittweisen Reaktivierung der Wehrpflicht einzusetzen. Dazu gehören vor allem

- die Planung und Schaffung der behördlichen Kapazitäten für die Erfassung und Musterung künftiger Wehrpflichtiger. Geschlossene Kreiswehrrersatzämter müssen wiedereröffnet und bestehende ausgebaut sowie personell und materiell für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben adäquat ausgestattet werden.
- die Bedarfsplanung und Schaffung zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten für künftige Wehrpflichtige in den Ausbildungsstätten/Kasernen.
- die Bedarfsplanung und Beschaffung von Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung für die künftigen Wehrpflichtigen.

Begründung:

Einer Forsa-Umfrage vom März zufolge plädierten 52 Prozent der Befragten für eine Reaktivierung der 2011 von der damaligen CDU/CSU/FDP-Koalition ausgesetzten Wehrpflicht.

Die damalige Entscheidung wurde unter der irrigen Annahme getroffen, Landesverteidigung werde für ein ausschließlich „von Freunden umgebenes“ Deutschland kaum eine Rolle mehr spielen. Auch Sparzwänge spielten eine Rolle, unter deren Diktat die heutige desolate Lage der Bundeswehr Jahr für Jahr verschlimmert wurde. Im Nachhinein wird der eingeschlagene Kurs bis hoch zum aktuellen Bundesminister der Verteidigung als Fehler erkannt, der schleunigst korrigiert gehört.

Über die Grundsatzfrage einer Reaktivierung der Wehrpflicht sowie deren mögliche Ausgestaltung und denkbare Modelle ist eine umfangreiche gesellschaftliche Debatte entstanden. Aktuell hat sich der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes André Wüstner im ARD-Inforadio schon mal prophylaktisch für eine Erfassung aller wehrfähigen Menschen in Deutschland ausgesprochen. Die Staatsregierung hat auf eine Anfrage zum Plenum der AfD vom 13.03.2024 (Drs. 19/744) bekundet, „dass die Bundeswehr nun wieder in allen Bereichen zur Landes- und Bündnisverteidigung befähigt werden muss. Es ist Konsens der Staatsregierung, dass dazu auch eine Rückkehr zur Wehrpflicht erforderlich ist.“ Auf diese Ankündigung müssen konkrete Planungen und Maßnahmen folgen, wenn etwa auch der im April eingebrachte Gesetzentwurf der Regierungskoalition zur Förderung der Bundeswehr nicht reine Makulatur bleiben soll.